



AMERIKA/BRASILIEN - VII. Treffen zu Migration und Menschenhandel: Brasilien hat die Konvention zum Schutz von Migranten noch nicht unterzeichnet

Sao Paolo (Fidesdienst) – Am heutigen 21. September geht in Sao Paolo (Brasilien) das VII. Internationale Treffen zu Migration und Menschenhandel in Lateinamerika zu Ende. Die Teilnehmer der dreitägigen Veranstaltung befassten sich mit verschiedenen grundlegenden Themen, darunter „Migrationspolitik in Brasilien und Lateinamerika: präventive Maßnahmen gegen den Menschenhandel“, „Rolle der Gesetzgeber im Hinblick auf den Menschenhandel in Brasilien und Lateinamerika“, „Politische Maßnahmen gegen Menschenhandel in Brasilien und Lateinamerikas“, „Erfahrungen im Bereich der Migration und des Menschenhandels in Lateinamerika“.

Wie aus einer Verlautbarung der brasilianischen Nachrichtenagentur Adital hervorgeht, die dem Fidesdienst vorliegt, betonte Schwester Rosita Milesi von den Scalabrini Missionaren, die das Institut für Migration und Menschenrechte leitet, dass es in Brasilien eine Kluft zwischen Wort und Tat gibt, was Migration und Menschenhandel anbelangt. Unter anderem habe Brasilien die internationale Konvention zum Schutz der Migranten und ihrer Angehörigen nicht ratifiziert und die eigenen Zuwanderungsgesetze nicht modernisiert. „Es wird viel debattiert“, so die Ordensfrau, „und diese Debatte ist wichtig, doch wir brauchen auch konkrete Aktionen“.

Der Anwalt und stellvertretende Vorsitzende des lateinamerikanischen Instituts für den Schutz der Menschenrechte (ILADH), Dimitri Sales, erklärte: „Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit insbesondere in Lateinamerika auf Fragen der Migration aufmerksam gemacht wird, damit die Menschen wissen, was in diesem Bereich getan wird“. Sales, dessen Institut die Schirmherrschaft für das Treffen übernahm, betont insbesondere mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympiade 2016 in Brasilien: „Wir müssen bereit sein die Integrität der Menschen zu schützen und ihre Rechte zu garantieren. Insbesondere schwache Bevölkerungsteile brauchen diesen Schutz“. (CE) (Fidesdienst, 21/09/2012)